

#### IV.

**Gegen die Kriminalisierung der kurdischen Freiheitsbewegung  
Frieden und Freiheit für Kurdistan - 129 b Verfahren einstellen!  
Internationale Solidarität aufbauen!**

Wenn es um die Verfolgung und Kriminalisierung der kurdischen Freiheitsbewegung geht, betätigt sich die Bundesregierung immer wieder als verlängerter Arm der türkischen Regierung. Mit Vereins- und Organisationsverboten, Kriminalisierung von Unterstützungs- und Solidaritätsaktionen für die Forderungen der kurdischen Bevölkerung, Angriffen auf die Pressefreiheit für kurdische Medien, Leugnen von politischer Verfolgung in der Türkei und Verweigerung des Flüchtlingsschutzes für Kurdinnen und Kurden findet eine offene Parteinahme für die Repressionspolitik der türkischen Regierung statt. Mit dem Vorwurf „Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ (§ 129b StGB) wird die Kriminalisierung weiter ausgeweitet.

## Demonstration und Soli-Fest im Juni 2012

Dagegen richtet sich unser Protest. Wir planen im Juni gemeinsam mit der „Initiative Tatort Kurdistan“ und im Rahmen eines breiten Solidaritätsbündnisses eine Demonstration zur Bundesanwaltschaft in Karlsruhe durchführen.

Ein vorgeschlagener Termin ist der **23.6.12**. Außerdem wird ein Solidaritätsfest vorbereitet. Zu den Aktivitäten im Juni wird dann gesondert informiert und eingeladen werden.

#### **Kontakt:**

il-Karlsruhe@riseup.net

#### **VeranstalterInnen:**

IL Karlsruhe  
AKI Karlsruhe



Interventionistische Linke Karlsruhe

# TATORT KURDISTAN

<http://tatortkurdistan.blogspot.de>

## Veranstaltungsreihe der Interventionistischen Linken (IL) Karlsruhe Blickpunkt Kurdistan

## I. Der vergessene Krieg in Kurdistan – Vergessene Solidarität? In Memoriam Andrea Wolf

u.a. mit Film über das Leben von Andrea Wolf

Mittwoch, 4. April 2012, um 19.30 Uhr in der „Planwirtschaft“,  
Werderstraße/Ecke Wilhelmstr., Karlsruhe-Südstadt

„Ich würde mir wünschen, dass es in den Metropolen Bewegungen gäbe, die diesen Krieg angreifen, unmöglich machen würden. Einfach den Nachschub kappen. Ich weiß, es ist angesichts des Zustandes in den Metropolen utopisch (...) Auch auf längere Zeit wird es so bleiben. Schade, das wäre was. Eine militante Bewegung, die die Kriegsmaschine lahm legt.“

Andrea Wolf schrieb diese Sätze am 1.5.1997 in den Bergen Kurdistans kurz vor einer großen Mobilmachung des türkischen Militärs. Ihr Wunsch ging nicht mehr in Erfüllung. Andrea Wolf wurde als Internationalistin in der kurdischen Frauenarmee mit anderen kurdischen Guerillas am 23.10.1998 gefangen genommen, verhört, gefoltert und ermordet.

Der Krieg in Kurdistan ist immer noch nicht beendet. Alle Vorschläge der kurdischen Freiheitsbewegung für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage wurden von der türkischen Regierung bisher ignoriert. Auch die AKP- Regierung unter Ministerpräsident Erdogan setzt weiter auf Repression. Die Operationen des türkischen Militärs in den kurdischen Gebieten haben in den letzten zwei Jahren einen neuen Höchststand erreicht. Eine Verhaftungswelle folgt auf die nächste. Mehr als 6.000 Menschen, darunter Aktivistinnen der kurdischen Frauenbewegung, Gewerkschaftsmitglieder, BürgermeisterInnen, Journalisten, Rechts-anwälte befinden sich derzeit in Haft und es werden täglich mehr. Auch Kinder befinden sich unter den Verhafteten. Viele wurden unter Anwendung der Anti-Terror-Gesetze zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Immer neue Schreckensmeldungen berichten von Folter und sexuellem Missbrauch der Kinder in den Gefängnissen. Am 28.12.2011 töteten türkische Bomber 34 kurdische Zivilisten in der Region Sirnak. Eines von vielen Kriegsverbrechen der türkischen Armee. Seit Newroz hat sich die Situation 2012 weiter zugespitzt. Sämtliche Newroz-Feiern wurden verboten und mussten gegen Polizei und Militär durchgesetzt werden. In den kurdischen Gebieten spricht man vom Volksaufstand.

Es gilt das Schweigen über den Krieg in Kurdistan zu beenden! Im Rahmen der Veranstaltung wollen wir über die aktuelle Situation informieren und darüber diskutieren wie unsere Solidarität praktisch werden kann.

## II. Die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft: Vom Völkermord an den Armeniern bis zur Unterdrückung der kurdischen Freiheitsbewegung

Referent: Ulf Petersen, Köln ( Initiative Tatort Kurdistan )

Donnerstag, den 19.4.2012 um 19.30 Uhr im „Roten Stern“,  
Gewerbehof, Steinstr.23, Karlsruhe

Deutschland gehört zu den engsten Verbündeten der Türkei, unabhängig davon wer auf beiden Seiten gerade das Land regiert. Unterstützung der türkischen Regierungen und des Militärs durch Deutschland, auch wenn es gegen Minderheiten und fortschrittliche Bewegungen im Innern geht, hat eine mehr als 100-jährige Tradition. Beim Bau der Bagdad-Bahn wurden armenische Zwangsarbeiter eingesetzt. Auch die Putschgeneräle 1980 konnten auf die finanzielle und militärische Unterstützung durch die BRD zählen. Der schmutzige Krieg in Kurdistan wäre ohne die Waffenlieferungen aus der BRD hinsichtlich der Dauer wie der Art und Weise der Kriegsführung in dieser Form nicht möglich. Erinnert sei in diesem Zusammenhang z.B. an die von der BRD-Regierung verschenkten NVA-Panzer zu Beginn der 1990er Jahre.

Auch heute noch ist die BRD der wichtigste Waffenlieferant für die Türkei. Panzer und andere Militärtechnik aus deutscher Produktion werden nach wie vor im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt. Spezialeinheiten des türkischen Militärs sind gern gesehene Gäste in der BRD. Neben der direkten Kriegsunterstützung pflegt man „freundschaftliche Beziehungen“.

Es wird in dieser Veranstaltung auch um die Frage der Verwicklung deutscher Firmen und der deutschen Regierungen in den Krieg in Kurdistan gehen. Kriegstreiber und Kriegsgewinnler müssen beim Namen genannt werden. Wir wollen uns deshalb auch darüber austauschen, wie die deutsche Kriegsunterstützung endlich gestoppt werden kann.

## III. Kurdischer Frühling oder Demokratie hinter Gittern? Ziel: Demokratische Autonomie

Mit einem Vertreter der BDP (Partei für Frieden und Demokratie)

Donnerstag 24.5.2012 um 20 Uhr im Café Palaver, Gewerbehof,  
Steinstr. 23, Karlsruhe

Bei der Kommunalwahl in der Türkei 2009 wurde die prokurdische „ Partei für eine demokratische Gesellschaft“ (DTP) zur stärksten Kraft in den kurdischen Landesteilen. Die DTP eroberte damals rund 100 Bürgermeisterämter. Dieser Kommunalwahlsieg war Voraussetzung für die Umsetzung eines Programms der „demokratischen Autonomie“, wie die kurdische Bewegung ihr Ziel benennt.

Angestrebt wird eine weitgehend basisdemokratische Selbstorganisation der kurdischen Kommunen, wobei Frauenrechte bzw. Geschlechtergerechtigkeit und Ökologie tragende Säulen der angestrebten Räte Demokratie sind. Die kurdische Freiheitsbewegung versucht damit ein organisatorisches und politisches Gegenmodell zur neoliberalen Politik der türkischen Regierung umzusetzen und die Entwicklung in Kurdistan auch auf der Ebene der „Zivilgesellschaft“ in die eigenen Hände zu nehmen. „Demokratische Autonomie“ soll nicht nur ein Modell für Kurdistan sondern für die gesamte Türkei sein.

Die türkische Regierung sieht in den AktivistInnen der Selbstverwaltungsstrukturen heute einen politischen Hauptgegner und reagiert mit Massenverhaftungen und Repression. Die basisdemokratischen Ansätze sollen offensichtlich zerschlagen und die wichtigsten Akteure hinter Gefängnisgittern kaltgestellt werden.

Wir möchten aus erster Hand über das politische Projekt der „Demokratischen Autonomie“ und die aktuelle Situation in der Türkei informieren und darüber diskutieren welche Bedeutung der politische Ansatz „Gegenmacht durch Selbstorganisationsstrukturen aufzubauen“ für die kurdische Freiheitsbewegung und die Entwicklung in der Region hat.